

Avanti O.

Beilage:

Cuba libre:
Was sucht Trotzki in Havanna?

ISO Oberhausen & FreundInnen



Fridays for Future-Demo in Aachen, 21. Juni 2019.

Foto: Avanti?

Grün ist die Hoffnung – für das Großkapital

M. G.

Grünen-Chefin Baerbock als beklatschte Schlussrednerin beim Bundesverband der Deutschen Industrie. BASF-Boss Brudermüller mit Sitz im Wirtschaftsbeirat der Grünen.

ist das, wie die *Frankfurter Allgemeine* titelte, „Die neue Liebe [des Großkapitals] zu den Grünen“? Oder ist das die neue Liebe der Grünen zum Großkapital? Oder ist das beides?

Der Wirtschaftsredaktion der FAZ ist das alles jedenfalls nicht geheuer. Sie warnt die Konzernlenker zwar vor dem Techtelmechtel, aber sie stellt nüchtern fest: „Am Ende geht es beiden Seiten um kühle Macht- und Interessenpolitik. [...] Von ihnen [den Grünen] hängt ab, ob das Land nach der Selbsterstörung der SPD überhaupt noch regierbar bleibt.“

In der Tat sind die Grünen mit ihrer unumkehrbaren Wandlung zu einer „Art grüner FDP“ (so Grünen-Ikone Petra Kelly 1990 im Fernsehen) längst zu einer willigen po-

litischen Verwalterin des Kapitalismus geworden.

Das betrifft auch die Klimafrage. Die Politik der grün-schwarzen beziehungsweise schwarz-grünen Landesregierungen in Baden-Württemberg (Stuttgart 21, „Elektromobilität“) und Hessen (Ausbau Fraport) spricht Bände.

Ein Glück, könnte mensch da meinen, dass es die Bewegung *Fridays for Future* gibt. Das stimmt, aber auch dort versuchen Grüne – etwa bei der Großdemonstration am 21. Juni in Aachen – zunehmend die Bewegung zu kanalisieren und Antikapitalismus zu unterbinden.

Umso wichtiger ist es, die geplanten Klimastreiks am 20. September 2019 zu einem außerparlamentarischen Erfolg zu machen. ■

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		OBERHAUSEN
01 Klimawandel Grüner Kapitalismus	<i>Liebe Leser*innen,</i> die Gegner*innen der Demokratie schlafen auch in der Arbeitswelt nie, kündigen und mobben, wie es grad gefällt, und halten dies für demokratisches Recht (Uniklinik D, S. 2, und ALDI-Süd, S. 3). Dazu werden wir mit mageren Tarifergebnissen abgespeist (S. 4). Doch manchmal wird gegen Arbeitsbedingungen laut protestiert (S. 5). Jetzt und auch noch viele Jahre ist „das Klima“ unser (aller) Thema. Wir haben ihm den Titel und die Illustration dieser Ausgabe gewidmet. Auch im Rat der Stadt wird, noch symbolisch, darüber diskutiert (S. 7). Die Privatisierung der Luise-Albertz-Halle ist wohl wichtiger (S. 6). Aber wir wissen es ja alle: Klimaschutz bleibt Handarbeit (S. 8). Fabian Scheidler nimmt uns zwar einiges an Denkarbeit ab (S. 9). Trotzdem – wir müssen da selber ran: F4F und Klimastreik, diesmal sogar weltweit (S. 10). Frauen haben dies längst erkannt. Bei vielen Demos und Aktionen der letzten Zeit waren sie überproportional dabei. In Essen gibt es demnächst ein feministisches Festival (S. 11). Und in der Schweiz, welche mit Frauenrechten weit hinter der BRD zurücklag, gab es einen Frauenstreik wie sonst wohl noch nirgends (S. 12). Eine gute Sommerlektüre wünscht <i>Eure Redaktion</i>	08 Kommentar Klimaschutz bleibt Handarbeit
EDITORIAL/INHALT/SOLIDARITÄT		09 Diskussion 16 Punkte für den Ausstieg
02 Uniklinik Düsseldorf Kündigungen zurücknehmen!		KLIMAWANDEL
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		10 Weltweiter Aktionstag Streiken mit <i>Fridays for Future</i>
03 BR-Mobbing ALDI-Süd schlägt zu		FEMINISMUS
04 Einzelhandel Gut gekämpft – mageres Ergebnis		12 Essen Feministisches Festival für alle
PFLEGENOTSTAND		12 Schweiz Erfolgreicher Frauen*streik
05 Konferenz in Leipzig Lautstarker Protest		12 Termine
OBERHAUSEN		THEORIEBEILAGE
06 Aus dem Rathaus I Stadthalle privatisieren?		Cuba libre: Was sucht Trotzki in Havanna?
07 Aus dem Rathaus II Symbolpolitik statt Klimaschutz		

Uniklinik Düsseldorf: Vorstand will Belegschaft spalten

Nach einem erfolgreichen Arbeitskampf sollen anscheinend einzelne aktive Kolleginnen abgestraft werden, um an ihnen ein Exempel zu statuieren.

PETRA STANIUS, AKUWILL

Im Sommer 2018 haben die Kolleg*innen vom Uniklinikum Düsseldorf (UKD), mit Unterstützung vor allem von ver.di und dem Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, erfolgreich für einen Tarifvertrag Entlastung und einen Tarifvertrag für die Tochtergesellschaften gekämpft. Sie haben gezeigt, wie viel sie erreichen können, wenn sie zusammenhalten. Jetzt will der Vorstand des Uniklinikums einem Personalratsmitglied und zwei weiteren aktiven Kolleginnen kündigen. Die ver.di-Vertrauensleute am UKD rufen zur Solidarität mit den Betroffenen auf.

Der Vorstand will anscheinend gezielt einzelne Akteur*innen abstrafen und darüber die Belegschaft spalten. So versucht er nach einer Sonderinformation der Vertrauensleute, der ver.di-Kollegin und freigestellten Personalrätin Teslime Özdemir zu kündigen, die sich immer für gute Arbeitsbedingungen, unbefristete Arbeitsverträge und die Verbesserung der Bezahlung der Kolleg*innen eingesetzt habe.

Die Begründung des Vorstands für sein Vorgehen: Die Personalrätin habe vor vier Jahren Geschenke angenommen und Bewerber*innen Vorteile bei einer Gewerkschaftsmitgliedschaft versprochen.

Teslime Özdemir ist seit über 40 Jahren am UKD beschäftigt: als Reinigungskraft, Küchenhilfskraft und zuletzt als Disponentin in der Leitstelle der Logistik.

Da der Personalrat der Kündigung nicht zugestimmt hat, will der Vorstand die Zustimmung durch das Verwaltungsgericht ersetzen lassen.

Zwei weiteren Kolleginnen wurde bereits fristlos gekündigt, weil sie wiederum der Personalrätin Teslime Özdemir – vor vier Jahren – Geschenke gemacht haben sollen. Was für Geschenke dies gewesen sein sollen, wurde vom Vorstand nicht gesagt, Beweise nicht vorgelegt. Alle drei Betroffenen

weisen die Vorwürfe zurück. Die Kolleginnen wehren sich jetzt vor dem Arbeitsgericht gegen die ungerechtfertigten Kündigungen.

Augenscheinlich will die Leitung der Uniklinik der Belegschaft auf diese Weise zeigen, dass ein Einsatz für die Rechte der Beschäftigten nicht ungestraft bleibt und sich somit für die Einzelnen nicht lohnt. Um das noch zu untermauern und Teslime Özdemir komplett von ihren Kolleg*innen zu isolieren, hat er zudem ein Hausverbot gegen sie ausgesprochen. Da der Personalrat durch das Hausverbot gegen eines seiner freigestellten Mitglieder in seiner Arbeitsfähigkeit erheblich eingeschränkt wird, ist das Hausverbot zugleich ein Angriff auf das gesamte Gremium.

**Solidarität mit Teslime Özdemir
und den gekündigten Kolleginnen!**

**Wir unterstützen die Forderungen
der ver.di-Vertrauensleute am UKD:**

- Die sofortige Rücknahme der Kündigungen der zwei Kolleginnen und der Kündigungsandrohung gegen Teslime Özdemir
- Die sofortige Rücknahme des ausgesprochenen Hausverbots für Teslime
- Vollständige Rehabilitation aller Betroffenen von den ungerechtfertigten Vorwürfen! ■

Auf unserer Website www.iso-4-oberhausen.de findet Ihr die Sonderinformation der ver.di-Vertrauensleute samt Unterschriftenliste, mit der Ihr eure Solidarität mit den Kolleginnen zeigen könnt. Weitere Informationen findet Ihr bei LabourNet Germany unter diesem Link: www.labournet.de/?p=150638

Aldi Süd: Betriebsrat als Profitbremse?

H. B./P. S.

Betriebsrat (BR) als Interessenvertretung der Beschäftigten? Dies geht Aldi Süd offenbar zu weit. Wenn schon Betriebsrat, dann kümmert sich das Unternehmen lieber selbst darum.

Aldi Süd ist laut eigenen Angaben gegliedert in dreißig Regionalgesellschaften, die jeweils von einem alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer geleitet werden. Einer Regionalgesellschaft sind fünfzig bis siebzig Filialen zugeordnet. Die Regionalgesellschaften sind wiederum aufgeteilt in Verkaufsbezirke (Regionen) mit jeweils vier bis fünf Filialen und insgesamt ca. fünfzig Beschäftigten.

Aldi Süd ist bekannt als „betriebsratsfreie Zone“. Ohne BR kann die Geschäftsleitung Entscheidungen über Arbeitsverdichtung, unbezahlte Überstunden oder das Heuern und Feuern von Personal ungestört umsetzen.

Im März 2018 aber gründete sich auf dem Gebiet der Regionalgesellschaft Langenfeld der erste Betriebsrat bei Aldi Süd in NRW überhaupt. In der zu Düsseldorf gehörenden Region „Stupplich“ – benannt nach dem zuständigen Regionalverkaufsleiter – hatten KollegInnen aus dem Verkauf die Initiative ergriffen und die Wahl erfolgreich durchgeführt.

Aldi ging damals nicht gegen die BR-Wahl vor. Das Gremium erhielt vielmehr das ihm zustehende Betriebsratsbüro, der Regionalverkaufsleiter nahm mehrfach an den Sitzungen teil. Die Wahl wurde rechtskräftig.

Die anschließende Phase der Zusammenarbeit dauerte etwa ein halbes Jahr, in welcher das Unternehmen mit dem BR zusammenarbeitete – mehr schlecht als recht. Als aber im September 2018 Beschäftigte aus der ebenfalls zu Düsseldorf gehörenden Region „Weiss“ sich anschickten, einen weiteren Betriebsrat zu gründen, sah die Geschäftsführung offenbar Handlungsbedarf.

Klima der Angst

Aufgrund angeblich neuer Erkenntnisse bestreitet Aldi jetzt die Rechtmäßigkeit beider Gremien und verweigert ihnen die Mittel, die Betriebsräten nach dem Gesetz zustehen: Sie erhalten keine Betriebsratsbüros. Die Zeit für die anfallende Betriebsratstätigkeit wird vom Lohn abgezogen. Der Besuch von Seminaren ist kaum möglich. Die Abwesenheit vom Arbeitsplatz wertet die Geschäftsführung als unentschuldigtes Fernbleiben, was Konsequenzen bis hin zur fristlosen Kündigung haben kann. Dass unter solchen Bedingungen die Betriebsräte erst einmal dafür sorgen müssen, dass sie formal arbeitsfähig werden, hindert sie daran, ihren weiter gehenden Aufgaben nach dem Betriebsverfassungsgesetz nachzukommen.

Das Unternehmen vertritt die Auffassung, dass die Verkaufsbezirke aufgrund fehlender Kompetenzen der Regionalverkaufsleitungen keine betriebsratsfähigen Betriebe seien und äußert seinen Wunsch nach „rechtmäßigen Mitarbeiterstrukturen“. Ein anderes Motiv für den Sinneswandel erscheint näherliegend: Gibt es in einem Unternehmen mindestens zwei lokale Betriebsräte, so ist die Bildung eines Gesamtbetriebsrats bestehend aus Mitgliedern eben dieser BR gesetzlich vorgeschrieben. Der Gesamtbetriebsrat wäre hier zuständig für die gesamte Regionalgesellschaft Aldi Süd Langenfeld – für den Lebensmittel-Discounter offenbar ein Alptraum.

So forcierte die Geschäftsleitung die Gründung eines Betriebsrats für den gesamten Verkaufsbereich der Regionalgesellschaft Langenfeld mit ihren etwa 1.400 Beschäftigten. Filialleitungen wurden aufgefordert, sich für die Wahl zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaft dagegen sollte draußen bleiben. Der Vertreterin von ver.di, die echte Interessenvertretungen der Beschäftigten unterstützt, wurde bei der Versammlung zur Wahl des Wahlvorstandes das Wort verweigert und ihr mit Rauswurf gedroht.

Das von Unternehmensseite geförderte Gremium wurde im März 2019 gewählt. Die Beschäftigten der Verkaufsbereiche „Stupplich“ und „Weiss“ waren an dieser Wahl nicht beteiligt. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hatte die Durchführung der Wahl im Rahmen eines einstweilige Verfügungsverfahrens in diesen Regionen verboten, da dort bereits wirksame Betriebsratswahlen stattgefunden hätten.

Legal, illegal, ...?

Was sind nun aber betriebsratsfähige Betriebe bei Aldi Süd – hier konkret bei der Regionalgesellschaft ALDI GmbH & Co. KG Langenfeld? Dies sollte die 8. Kammer des zuständigen Arbeitsgerichts Düsseldorf am 8. Mai 2019 klären.

Bei diesem Termin ging es im Wesentlichen um die Frage, welche Entscheidungskompetenz die RegionalverkaufsleiterInnen und die FilialeiterInnen haben bei Einstellungen und Entlassungen, der Personalbedarfsplanung, Lohnfortzahlung, Dienstplangestaltung, Festlegung der Kennzahlen, Urlaubsplanung ... Sind sie im Wesentlichen an Vorgaben und Weisungen der übergeord-

neten Ebene, der VerkaufsleiterInnen, gebunden, so sind ihre Bereiche nicht betriebsratsfähig.

Die ArbeitsrichterIn hielt am Ende zwei Fragen für relevant. Die eine bezog sich auf Entscheidungsbefugnisse bei der Jahresplanung, die andere darauf, wer über Veränderungen bei der Personalplanung im laufenden Jahr bestimmt.

Das Gericht unterbreitete den Beteiligten den Vorschlag, dass zur Vereinfachung des Verfahrens alle drei BR zurücktreten und ein BR Langenfeld Verkauf neu gewählt werden sollte.

Kein Ende in Sicht

Während der unternehmensnahe „BR“ sofort einverstanden war, haben die beiden kleinen Gremien den Vorschlag inzwischen abgelehnt. Sie wollen ein Urteil, um damit vor das Landesarbeitsgericht ziehen zu können.

Vor der 3. Kammer des Arbeitsgerichts Düsseldorf läuft außerdem parallel zu diesem Verfahren die Anfechtung der Wahl des großen „BR“ durch mehrere Beschäftigte, die offenbar auch Zweifel an der Ehrlichkeit des großen Gremiums haben.

Der Kampf um echte Interessenvertretungen der KollegInnen bei Aldi Süd geht also weiter. ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gegenmacht stärken!

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
Isaf Gün und Heike Madan (IG Metall Vorstand)
Klaus Stein (IG Metall Mannheim)
und vielen anderen

Samstag, 19. Oktober 2019

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar,
ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 13.04.2019)

Tarifrunde Einzelhandel NRW

Gut gekämpft – mageres Ergebnis

Die Tarifrunden der letzten Jahre waren im Einzelhandel immer hart umkämpft. Die Unternehmen gehen regelmäßig mit dem Vorhaben in die Verhandlungen, die Lohnkosten zu drücken. Tarifsteigerungen passen ihnen überhaupt nicht ins Konzept. Zu Rahmenbedingungen, Auseinandersetzungen und Ergebnissen der diesjährigen Tarifrunde.

HELMUT BORN

Umkämpfter Manteltarifvertrag

Die Beschäftigten im Einzelhandel haben sich mehrmals erfolgreich gegen die Versuche des Einzelhandelsverband gewehrt, Verschlechterungen im Manteltarifvertrag durchzusetzen. Seit Jahren treten Verhandlungen darüber, den Tarifvertrag zu „modernisieren“, auf der Stelle. Es geht darum, von einer festen Eingruppierung in Tarifgruppen weg, hin zu einer Bewertung von Tätigkeiten zu kommen. Die Unternehmer wollen darüber die Lohnkosten senken, während ver.di mindestens Verschlechterungen verhindern will.

Tarifflicht

Inzwischen sind viele Unternehmen in „ohne Tarifbindung“ (o.T.) Mitgliedschaft im Einzelhandelsverband. Dazu gehören auch große Unternehmen, die früher die Säulen im Arbeitgeberverband waren, wie zuletzt die zur Metro gehörende real Gruppe und das von Benko aufgekaufte Warenhausunternehmen Kaufhof. Der andere Teil dieses Warenhauskonzerns, Karstadt, ist schon seit über 10 Jahren aus der Tarifbindung ausgestiegen und hat mit ver.di einen sogenannten „Sanierungstarifvertrag“ abgeschlossen.

Momentan sind im Westen nur noch gut 40 % der Unternehmen in der Tarifbindung, im Osten sind es noch über 10 % weniger. Dies zeigt sich besonders im brutalen Vorgehen großer Teile des Einzelhandelskapitals, die Lohnkosten klein zu halten und damit den Beschäftigten die Möglichkeit zu nehmen, ein Leben ohne soziale Not zu führen. Das trifft nicht nur auf kleine, ums Überleben kämpfende Betriebe zu, sondern gerade auf große Ketten wie Kik, OBI, große Teile von Edeka und Rewe, aber auch auf die Unternehmen der Bio Branche

wie Allnatura, Denny und Bio Supermarkt.

Unter diesen Voraussetzungen finden nun alle 2 Jahre die Tarifrunden statt, wobei ver.di immer mit einer Forderung für 1 Jahr startet, um regelmäßig einen 2-jährigen Abschluss zu unterschreiben.

Arbeitskampf

In diesem Jahr forderte ver.di eine Erhöhung der Einkommen um 6,5 %, mindestens 163 Euro, und die Wiedereinführung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge.

Die aktive Phase der Tarifrunde begann schon vor dem Ende der Laufzeit des alten Tarifvertrages Ende April mit den ersten Verhandlungen, und schon im Mai gab es die erste „Warnstreikwelle“. Zu der ersten großen Kundgebung im Düsseldorfer Hofgarten kamen über 3.000 Beschäftigte, um anschließend vor der Landesgeschäftsstelle des Einzelhandelsverbandes zu demonstrieren. An den Feiertagswochenenden wie zu Pfingsten und Fronleichnam wurden Beschäftigte in vielen Betrieben zu Streiks aufgerufen. Beschäftigte von Kaufland, Galeria Kaufhof und Karstadt, Ikea, H+M, Zorra u. a. beteiligten sich an diesen Streiks. Aber die Unternehmen wollten offensichtlich wieder einen Billigabschluss und provozierten die Beschäftigten mit ihren „Angeboten“ von unter 2 %.

Das Ergebnis

In der 4. Verhandlungsrunde am 1. Juli kam es zu einem Verhandlungsergebnis, das am 11. Juli von der großen Tarifkommission mit 1 Gegenstimme angenommen wurde. Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus:

- Keine Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge.
- 2 Nullmonate, Erhöhung ab 1. Juli 2019.
- Eine Erhöhung der Einkommen um

3 %. Für Verkäufer*innen im letzten Berufsjahr der Tarifgruppe 1 ergeben die 3 % 77,50 €, alle in höheren Tarifgruppen bekommen ebenfalls diesen Betrag. Erhöhung der Ausbildungsvergütung in 2019/20 um jeweils 50/55 €.

- Für 2020 wird es eine Erhöhung der Einkommen ab 1. Mai um 1,8 % geben.

Dieses Ergebnis ist weit unterhalb der Forderung, mit der ver.di in die Tarifrunde gestartet ist, zumal wieder ein Abschluss für 2 Jahre getätigt wurde. Für das erste Jahr ist der Abschluss, wenn Nullmonate und die unterproportionale Erhöhung für die oberen Gehaltsgruppen berücksichtigt werden, weit unterhalb von 3 %. Ob für das zweite Jahr wenigstens ein Teuerungsausgleich erreicht wurde, bleibt abzuwarten.

Vielen engagierten Kolleg*innen dürfte von Anfang an klar gewesen sein, dass die Allgemeinverbindlichkeit nicht alleine vom Fachbereich Handel wird durchgesetzt werden können, zumal das von den Arbeitgeberverbänden als nicht verhandelbar angesehen wird. Trotzdem ist es natürlich enttäuschend, wenn diese Forderung aufgestellt wird und nun schon zum zweiten Mal nichts dabei rum kommt, sondern ganz im Gegenteil, die Erosion der Tarifbindung immer weiter voran schreitet.

Das Ergebnis entspricht aber in gewisser Weise dem Kräfteverhältnis zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeberverband. Unter diesen Bedingungen wird ver.di dem Einzelhandelsverband keine größeren Erfolge abtrotzen können. Voraussetzung dafür wäre eine breite Debatte unter den Mitgliedern über eine Strategie, die die Unternehmen zu mehr Zugeständnissen zwingt, und eine breite demokratische Beteiligung bei den Abschlüssen. Eine Zentralisierung der Verhandlungen, wie von manchen gefordert, würde eher das Gegenteil bewirken. ■

„Pflegetnotstand ist ein Verbrechen“ Bundesweiter Protest in Leipzig

PETRA STANIUS

Die Beschäftigten haben die Überlastung durch einen skandalösen Personalmangel in den Krankenhäusern lange ertragen. Aber im vergangenen Jahr lief das Fass über.

Es kam zu Streiks in Kliniken und zur Gründung von Bündnissen, in denen sich neben den Beschäftigten selbst auch gewerkschaftlich und politisch Aktive engagieren.

Die erste gemeinsame Aktion dieser mittlerweile mehr als zwanzig Bündnisse war der „Olympische Brief gegen den Pflegetnotstand“. Er wurde seit Januar 2019 von mehreren zehntausend KollegInnen in weit über 100 Krankenhäusern in 80 Städten und 14 Bundesländern unterschrieben.

Wütende Stimmung

Anders als 2018 gab es diesmal im Vorfeld keine mobilisierenden Streiks. Dennoch kamen am 5. Juni über 2.500 Beschäftigte und UnterstützerInnen aus ganz Deutschland nach Leipzig. Sie wollten mit der Gewerkschaft ver.di erneut Druck auf die Konferenz der GesundheitsministerInnen ausüben.

Trotz Temperaturen von über 30 Grad vertraten die KollegInnen ihre Anliegen sehr engagiert. Die Stimmung war kämpferisch, ja sogar wütend.

Die Übergabe des „Olympischen Briefs“ verlief wie geplant. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Sachsens Gesundheitsministerin Barbara Klepsch (CDU) mussten durch eine 500 Meter lange Gasse aus Papierbahnen mit den Protestunterschriften, die von den Demonstrierenden gebildet wurde. Die Bahnen wurden danach schnell wieder eingerollt, um sie dann dem Bundesgesundheitsminister zu übergeben. Es waren so viele auf einmal, das er sie nicht mehr halten konnte.

Spahn spielte den Souveränen. Er stellte sich den kritischen Fragen der Menge und ließ sich auch durch ihre Wut, durch Pfiffe und Buhrufe äußerlich nicht aus der Ruhe bringen. Er lobte seine Politik und forderte die Beschäftigten auf, nun auch ihren Teil zu den gewünschten Verbesserungen beizutragen. Das steigerte die Wut der Anwesenden erst recht.

Seit der Konferenz 2018 in Düsseldorf wurden tatsächlich verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um dem Pflegetnotstand zu

begegnen. So sind die Refinanzierung weiterer Stellen in der Pflege, Verbesserungen bei der Ausbildung oder eine höhere Bezahlung Schritte in die richtige Richtung.

Fallpauschalen abschaffen

Allerdings zeigt die Politik bislang keine Bereitschaft, das Grundproblem anzugehen: die Fallpauschalen. Sie erzwingen, dass mit der Behandlung von kranken Menschen Profite erwirtschaftet werden müssen.

Weitere „Reformen“, die Minister Spahn auf den Weg gebracht hat, verstärken bei den Beschäftigten die Empörung:

-In Psychatrien, wo bislang keine Fallpauschalen gelten, soll ein vergleichbares System eingeführt werden.

-Die neuen Personaluntergrenzen orientieren sich am mangelhaften Ist-Zustand und werden nicht zu einer besseren Personalausstattung führen. Im Gegenteil ist dort ein Stellenabbau zu befürchten, wo heute überdurchschnittlich viel Personal eingesetzt wird.

Auch die Zwangsmitgliedschaft in Pflegekammern verursacht nicht nur wegen der unfreiwilligen Beitragszahlungen heftigen Protest, sondern vor allem wegen der Begründung Spahns – die Kammern seien notwendig, um die Qualität der Pflege zu sichern und die Pflegenden weiterzubilden. Sonst drohe Schaden für die Allgemeinheit. Bei den Pflegekräften kommt dies als

Schuldzuweisung und als Geringschätzung ihrer Arbeit an.

Ihr Ärger rührt zudem daher, dass Spahn beständig dieselben Argumente wiederholt und die Forderungen der Protestbewegung praktisch ignoriert.

„Keine Profite mit unserer Gesundheit“

Spahn wurde deshalb in Leipzig kräftig ausgepöfht und seine Rede durch Buhrufe und Parolen unterbrochen wie „Pflegetnotstand ist ein Verbrechen“ oder „Keine Profite mit unserer Gesundheit“.

Der „Olympische Brief gegen den Pflegetnotstand“ war eine gelungene Aktion. Über das Sammeln und Überreichen der Unterschriften wurde eine Verbindung hergestellt zwischen Beschäftigten und ihren UnterstützerInnen, zwischen Kliniken ebenso wie zwischen Pflegebündnissen – über Stadt- und Landesgrenzen hinweg. Die Beteiligten haben ihre Interessen formuliert und sie dann öffentlich eingefordert. Damit haben sie gemeinsame Handlungsfähigkeit demonstriert.

Es heißt nun dranbleiben, bis die konkreten Forderungen erfüllt sind und Gesundheit keine Ware mehr ist. Dazu bedarf es eines langen Atems und der aktiven Einbeziehung möglichst großer Bereiche der Bevölkerung und der Gewerkschaften. ■



Graffiti in Essen, Juli 2019.

Privatisierung der Luise-Albertz-Halle

Gewinne an den Betreiber, Verluste trägt die Stadt?!

In 2018 hatte der Oberhausener Stadtrat beschlossen, die Stadthalle künftig von einem Privatunternehmen betreiben zu lassen. Die Wahl fiel auf SMG. Am 8. Juli 2019 lehnte der Rat im nichtöffentlichen Teil seiner Sitzung den nun vorliegenden Vertragsentwurf mehrheitlich ab. Warum stimmt überhaupt jemand für so ein Papier?

PETRA STANIUS

Innerhalb des Rates hatte sich die Linke Liste von Anfang an gegen eine Privatisierung der Luise-Albertz-Halle (LAH) ausgesprochen. So äußerte sich der Fraktionsvorsitzende, Yusuf Karacelik, am 18.09.18 gegenüber der Presse:

„Seitdem die Privatisierung der Halle 2015 ins Gespräch kam, haben wir uns stattdessen für ein alternatives Konzept ausgesprochen, das den Verbleib der Halle bei der Stadt vorsieht. Die inhaltliche Einflussnahme auf eine Stadthalle ist ein hohes Gut, das man nicht aufgeben sollte. Eine Luise-Albertz-Halle, die bürgerschaftliche Aktivitäten fördert, Schulen und Vereinen zur Verfügung steht, sollte höhere Priorität haben als betriebswirtschaftliche Argumente.“

Er wies auch darauf hin, dass SMG regelmäßig die König-Pilsener-Arena an Gruppierungen wie die „Grauen Wölfe“ vermietet, die der faschistischen türkischen Partei MHP nahe stehen, und dass SMG sich einer öffentlichen Debatte hierüber verweigert.

Am 08.07.19, noch vor der Ratssitzung, erneuerte die Linke Liste ihre Kritik an der Privatisierung der LAH und kündigte an, gegen den vorgelegten Vertrag zu stimmen:

„Man braucht gar nicht zwischen den Zeilen zu lesen, um hier ein eklatantes Ungleichgewicht zwischen den Vertragspartnern zu Lasten der Stadt Oberhausen zu erkennen“, so die Begründung. Der Vertrag zeige in gravierender Art und Weise, wie Gewinne privatisiert, während die Verluste sozialisiert werden. Zurück bliebe eine Halle, auf deren Betrieb die Stadt zwar keinen Einfluss, für die sie im Zweifel aber die Zechen zu zahlen habe.

Weiter heißt es in der Erklärung der Linken Liste:

„Zukünftig soll die Stadt das volle wirtschaftliche Risiko tragen: Sollte der Betrieb Verluste einfahren, werden diese an die städtische Gesellschaft LAH weitergeleitet. Spielt die Halle allerdings Gewinne ein, ge-

hen diese zu 60 Prozent an die SMG.

Trotz der ungleichen Verteilung bei den Gewinnen, sollen zukünftig die Kosten für die Gebäudeinstandhaltung ebenfalls gänzlich der Stadt in Rechnung gestellt werden. Gleichzeitig verliert die Stadt allerdings weitgehend Einfluss auf die Preis- und Programmgestaltung.“ Wegen letzterem habe auch die Gefahr bestanden, dass die LAH künftig eine neue Heimat für die „Grauen Wölfe“ oder ähnliche Gruppierungen wird.

Durchgekommen ist das Vertragswerk nicht. Zugestimmt haben nur die CDU (20) und BOB (2). Die Grünen (5) haben sich enthalten. Den Entwurf abgelehnt haben SPD (23), Linke Liste (5), OfB (2), FDP (2) und die Ratsfrau Andrea-Cora Walther.

Aber wie kommen Mitglieder eines Stadtrats überhaupt auf die Idee, so einen Vertrag abzuschließen zu wollen? Derlei passiert ja nicht nur in Oberhausen.

Privat vor Staat

„Privat vor Staat“ ist ein neoliberaler Glaubenssatz: Angeblich wird alles billiger und die Qualität steigt, wenn sich nicht die schwerfällige und inkompetente öffentliche Hand um Bus und Bahn, Post, Wohnungswesen, Abfallentsorgung, Wasserversorgung etc. kümmert, sondern die, die wissen, wie so etwas geht. Privatunternehmen eben.

Spätestens nach der Praxis der letzten zwanzig Jahre weiß mensch es besser. Privatisierung bedeutet viel zu oft, dass Gewinne privatisiert werden, für das Tragen des Risikos und der Verluste dagegen die Allgemeinheit zuständig ist. Die Entscheidungsgewalt über das privatisierte Objekt liegt selbstverständlich dennoch beim „Investor“.

Nicht bessere Leistungen, sondern das Ersetzen von ursprünglich auskömmlichen Arbeitsplätzen durch Billigjobs sind ein typisches Merkmal für solche privaten Dienstleister.

Der Rat sollte uns Oberhausener*innen solche „Vorteile“ der Privatisierung auch in Zukunft ersparen – und die LAH in Eigenregie weiter betreiben! ■

SMG

In Deutschland betreibt SMG über die SMG Entertainment Deutschland GmbH mit 40 Beschäftigten die König-Pilsener-ARENA in Oberhausen.

SMG, gegründet 1977, hat seinen Sitz in West Conshohocken, Pennsylvania, USA. Das Unternehmen bezeichnet sich selbst als den weltweit größten und erfahrensten Full-Service-Dienstleister im privatwirtschaftlichen Betrieb öffentlicher Veranstaltungsstätten.

Weltweit hat SMG laut eigenen Angaben (US-Seite, www.smgworld.com) mehr als 5.000 Beschäftigte in 8 Ländern und betreibt 248 Stadien, Arenen, Messe- und Kongresszentren, Theater und Science Center mit mehr als 65 Millionen Besucher*innen im Jahr.

Der Jahresumsatz von SMG liegt (laut www.smg-deutschland.de) bei mehr als 1,5 Mrd. US-Dollar.

Die Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Die Angaben der beiden Seiten weichen, in einem Fall erheblich, voneinander ab. So hat SMG laut www.smg-deutschland.de 50.000 Beschäftigte.



Fridays for Future Demo, Aachen, 21. Juni 2019.

Symbolpolitik der Mutlosigkeit

Nach 1,5 Stunden Diskussion im Stadtrat zum Thema Klimanotstand ist das Ergebnis über die Abstimmung für *Fridays for Future* und *Parents for Future* Oberhausen enttäuschend.

ANDREA BERG*

SPD-, CDU-, FDP- und BOB-Fraktion stimmten dem Änderungsantrag von CDU und SPD zur Resolution zum Klimanotstand der Grünen zu, der sich gegen die Ausrufung des Klimanotstands für Oberhausen ausspricht. Dabei ist die Resolution von Bündnis 90/Die Grünen durch diesen Änderungsantrag massiv entschärft worden.

Zwar waren sich alle Redner*innen einig: Es muss jetzt etwas getan werden, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Im Änderungsantrag selbst ist trotz aller Änderungen deutlich formuliert: „... dass der von Menschen verursachte Klimawandel gravierende Auswirkungen verursacht – bis hin zu einer möglichen Klimakatastrophe, die das Leben auf unserem Planeten gefährdet ...“ Dennoch stellen SPD und CDU die bereits unternommenen Anstrengungen in den Vordergrund und verweisen auf die Kosten – „Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif“ – so der Änderungsantrag zugespitzt.

Dessen sind sich alle Engagierten von FfF und PfF bewusst. Ob diese Form der mutlosen Politik hilft, die sich immerzu auf die klammen Kassen beruft, statt nach vorn zu blicken und zukünftig bereits im Vorfeld alle künftigen Entscheidungen auf Klimarelevanz zu prüfen, bezweifeln wir stark. Nicht die Erklärung des Klimanotstands ist Symbolpolitik, wie von den Fraktionen SPD, CDU und FDP in einer ermüdenden Diskussion des Begriffs „Klimanotstand“ abgewiegelt wurde, sondern die heutige Entscheidung des Stadtrats. Diese Abstimmung ist eine Symbolpolitik der Mutlosigkeit. Mit dieser könnten alle zukünftigen Entscheidungen zugunsten des Klimaschutzes (und auch anderer Bedarfe!) aufgrund entstehender Kosten negativ beschieden werden, ohne dass die Fraktionen in die Pflicht genommen würden, weitere stichhaltige Argumente vorzubringen – frei nach dem Motto „Wir sind für Klimaschutz, leider fehlen uns aber die Mittel“.

erspart, die häufig mit hohen Kosten einhergehen.

Fridays for Future und Parents for Future Oberhausen sind enttäuscht über den Ausgang der heutigen Abstimmung, die an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bürger vorbei getroffen wurde. Es geht um CO₂-Reduzierung jetzt – egal, ob andere Länder oder Städte weiter sind oder nicht.

Jetzt müssen SPD, CDU, FDP beweisen, dass sie Klimaschutz wirklich ernst nehmen und konkrete Maßnahmen in Oberhausen umsetzen: Dachbegrünung, ÖPNV-Ausbau, Ausbau der Radwege, um Alternativen zum Autoverkehr zu schaffen, um einige seit langem bekannte Vorschläge zu nennen.

Wir von FfF und PfF werden dranbleiben und die Oberhausener Politik in die Pflicht nehmen, wenn es daran geht, zukünftig die Einzelmaßnahmen der Stadt zum Klimaschutz zu prüfen.

* Andrea Berg ist aktiv bei *Parents for Future* in Oberhausen. ■



Fahrraddemo „Oberhausen sattelt um“, Oberhausen, 6. Juli 2019.

Die frühzeitige Prüfung auf Klimarelevanz vor Umsetzung von Maßnahmen kann sogar Kosten sparen, da diese Entscheidungen für effiziente Maßnahmen auf Stand der Technik begünstigen kann und auch spätere Umrüstungen/Nachbesserungen

Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative



Herausgeber:
Internationale
Sozialistische
Organisation
(ISO), deutsche
Sektion
der Vierten
Internationalen
und Sozialistische
Alternative
(SOAL),
österreichische
Sektion
der Vierten
Internationalen

47 Seiten
2 Euro

Die Broschüre kann bei Mitgliedern von ISO und SOAL gekauft werden. Oder sie wird auf Wunsch für 3,50 € (Vorkasse) zugeschickt, Bestellungen per Brief oder Postkarte an: ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln; oder per E-Mail an: iso@intersoz.org.

„Die Gefahr steigt von Tag zu Tag, aber die Katastrophe kann abgewendet oder zumindest begrenzt und eingedämmt werden. Die entscheidende Ursache für die Bedrohung liegt nicht im Leben des Menschen allgemein, sondern in der gesellschaftlicher Produktions- und Reproduktionsweise, die auch die Art der Verteilung und Konsumtion sowie die kulturellen Werte einschließt. Das seit etwa zwei Jahrhunderten bestehende System – der Kapitalismus – ist nicht nachhaltig, da der Wettbewerb um den Profit als seine treibende Kraft einen blinden Trend zu grenzenlosem quantitativem Wachstum impliziert, das mit den begrenzten Rohstoff- und Energie-reserven der Erde nicht vereinbar ist. Die Länder des sogenannten ‚real existierenden Sozialismus‘ waren im 20. Jahrhundert nicht in der Lage, eine Alternative zur produktivistischen Umweltzerstörung anzubieten, zu der sie auch in bedeutendem Maße beigetragen haben. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Menschheit unter einem bisher nie dagewesenen Zwang, ihre weitere Entwicklung in allen Bereichen so zu kontrollieren, dass sie vereinbar ist mit den Grenzen und der Unversehrtheit der Umwelt, in der sie sich bisher entwickelt hat.“

(aus der mit sehr großer Mehrheit von den Delegierten des Weltkongresses angenommenen Resolution)

Klimanotstand? In Oberhausen!?

Der Rat der Stadt Oberhausen hat erneut die Erwartung enttäuscht, dass von diesem Gremium wichtige Impulse ausgehen und drängende Probleme wirkungsvoll angegangen werden. Auch Klimaschutz bleibt also Handarbeit – und findet auf der Straße statt.

ISO OBERHAUSEN & FREUND*INNEN

Schon im Februar dieses Jahres hat der Stadtrat die Unterstützung der Initiative Seebrücke abgelehnt. Mit der Annahme eines belanglosen Gegenantrags von CDU und SPD hat eine Ratsmehrheit verhindert, dass Oberhausen gemeinsam mit damals 43 anderen deutschen Städten ein Zeichen gegen die Unmenschlichkeit setzt und für die Beendigung des Sterbens im Mittelmeer und die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung eintritt. Inzwischen sind 72 Städte allein aus Deutschland bei der Seebrücke dabei.



Bei der Ratssitzung am 8. Juli ging es erneut um eine existenzielle Frage mit hohem Handlungsbedarf. Wie bei der Seebrücke gab es einen sowohl im Rat als auch von außerparlamentarischen Initiativen breit getragenen Antrag, der erneut zugunsten eines unverbindlichen Gegenantrags von CDU und SPD abgelehnt wurde. Mit den Stimmen von SPD (23), CDU (20), FDP (2) und BOB (2).

Mit der Bezeichnung der aktuellen Lage als „Klimanotstand“ hatten diese Ratsmitglieder erklärtermaßen Probleme. Mit dem fortschreitenden Klimawandel an sich und seinen katastrophalen Folgen können sie aber offenbar ganz gut leben.

Andrea Berg von *Parents for Future* Oberhausen beschreibt in ihrem Artikel anschaulich, was für eine trostlose Debatte seitens der Ratsmehrheit geführt wurde. Und mit was für einer flachen Begründung die Mehrheit der Mitglieder des Gremiums sich weigert, wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz einzuleiten. Klimaschutz ist konkret, oder er ist gar nicht.

Fehlender Mut – oder fehlender Wille?

Ihre Einschätzung, dass es der Mehrheit der Ratsmitglieder an Mut fehle, teilen wir allerdings in dieser Form nicht.

Es kann schon sein, dass es den Betroffenen auch an Mut mangelt: Dass sie Angst haben, ihren Blickwinkel zu erweitern und ihre alten Gewissheiten zu verlieren; Angst haben vor dem Verlust von Ansehen, wenn sie sich gegen ihr soziales Umfeld positionieren.

Ist es aber nicht eher so, dass sie lediglich ihre Prioritäten anders setzen? Weil sie sich nicht in erster Linie von der Frage „Wie unsere Lebensgrundlagen erhalten?“, sondern von der kapitalistischen Logik leiten lassen?

Was Andrea Berg hier schreibt, deutet in diese Richtung:

„Im Änderungsantrag selbst ist trotz aller Änderungen deutlich formuliert: ... dass der von Menschen verursachte Klimawandel gravierende Auswirkungen verursacht – bis hin zu einer möglichen Klimakatastrophe, die das Leben auf unserem Planeten gefährdet ...? Dennoch stellen SPD und CDU die bereits unternommenen Anstrengungen in den Vordergrund und verweisen auf die Kosten – ‚Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif‘ – so der Änderungsantrag zugespitzt.“

Mit anderen Worten: Klimaschutz ist für diese Leute dann in Ordnung, wenn er keine Profite gefährdet. Und wenn die große Mehrheit, die keinen Anteil an den Profiten hat, dafür zahlt. Noch besser funktioniert nach dieser Logik Klimaschutzpolitik, wenn darüber sogar neue Möglichkeiten entstehen, Profite zu erzeugen. Zum Beispiel, wenn Autofahrer*innen mangels funktionierendem ÖPNV gezwungen werden, klimaschädliche PKW zu ersetzen durch weniger klimaschädliche PKW durch noch weniger klimaschädliche PKW.

Keine Rolle spielt in dieser Logik, dass schnell Maßnahmen ergriffen werden, um dem Klimawandel effektiv entgegenzuwirken. Und ebenfalls keine Rolle spielt die Lebensqualität der Mehrheit der Menschen hier und schon gar nicht anderswo in der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels zunehmend leiden.

Bei den Konsequenzen aus der Ratsentscheidung sind wir voll bei Andrea Berg bzw. bei *Fridays for Future* und *Parents for Future* Oberhausen: Dranbleiben und die Oberhausener Politik in die Pflicht nehmen!

Denn wir selbst sind die, auf die wir gewartet haben. ■



Ende Gelände „Goldener Finger“, Garzweiler, 22. Juni 2019. Foto: R. Hoffmann.

„Das Ende der Megamaschine“ und „Chaos“

Fabian Scheidler analysiert in diesen beiden Büchern das herrschende kapitalistische System mit seinen Verheerungen. Und er schlägt 16 Punkte vor, wie die Gesellschaft zum Besseren verändert werden kann. Seine Analysen und Vorschläge wird die ISO Oberhausen in den kommenden Monaten diskutieren.

UDO FILTHAUT

Fabian Scheidler, geboren 1968 in Bochum, studierte Geschichte, Philosophie und Theaterregie. Er war mehrere Jahre Dramaturg am Grips-Theater in Berlin.

Ende der Nullerjahre gründete er zusammen mit David Goëßmann das unabhängige Fernsehmagazin Kontext TV, das regelmäßig Beiträge zu Fragen globaler Gerechtigkeit produziert. 2015 veröffentlichte er im Wiener Promedia Verlag das Buch „Das Ende der Megamaschine“. „Megamaschine“ steht synonym für „das kapitalistische System“, und der Untertitel „Geschichte einer scheiternden Zivilisation“ macht vollends klar, um was es darin geht.

Angefangen mit einer kurzen Geschichte der Entstehung der ersten Zivilisationen und der Entstehung von Machtverhältnissen, erklärt Fabian Scheidler dann recht genau und spannend, wie sich allmählich und schier zwangsläufig der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, herausgebildet hat. Dieser ganze Prozess der Machtentwicklung wurde – logischerweise, wie Scheidler beschreibt – immer von Revolutionen und deren gnadenloser Unterdrückung begleitet und von ungeheuer brutalen Eroberungen und Genoziden in den eroberten Gebieten und Erdteilen.

Dies alles setzt Fabian Scheidler überzeugend und gut verständlich zu einem Bild dieser aktuell gewaltig stotternden Megamaschine zusammen. Um Möglichkeiten zu finden, aus der Megamaschine zu entkommen, müssen wir auch die Geschichte, wie sie so nicht in der Schule behandelt wird, kennen.

Das Stottern der Megamaschine ist das Thema von Fabian Scheidlers Folge-Buch „Chaos“, mit dem sehr hoffnungsvollen Untertitel „Das neue Zeitalter der Revolutionen“. Dieses Buch, ebenfalls bei Promedia erschienen, ist eine, so erscheint es mir,

genauere Betrachtung von in der „Megamaschine“ zu kurz gekommenem. Besonders, wie Menschen sich wehrten gegen Macht, Gewalt und Ausbeutung, und wie sie sich weiter wehren müssen.

Das Buch „Chaos“ enthält ein 16-Punkte-Programm für den Ausstieg aus der Megamaschine, das wir nach den Sommerferien mit allen Interessierten diskutieren wollen. Dazu wollen wir uns zunächst jeweils mit einzelnen Punkten beschäftigen: mit ihren Hintergründen und Voraussetzungen, und wie wir ihre Stoßrichtung und Wirksamkeit einschätzen.

Neben der Empfehlung, diese beiden kurzweiligen und aufschlussreichen Bücher zu lesen, hier als Kostprobe die ersten fünf Punkte des Ausstiegsprogramms:

1. Streichung aller direkten und indirekten Subventionen für umwelt- und gemeinwohlschädigende Aktivitäten, insbesondere im Energie- und Verkehrssektor, dem produzierenden Gewerbe, der Finanzbranche und der Landwirtschaft.
2. Umbau der Energiesysteme auf dezentrale erneuerbare Energien in Bürgerhand und Ende der Förderung fossiler Ressourcen bis spätestens 2035 (Braunkohle bis 2025).
3. Umbau der Landwirtschaft zur Agrarökologie und Ernährungssouveränität, wie ihn u. a. der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung fordert.
4. Konsequenter und schneller Umbau des Transportwesens vom Autoverkehr hin zu öffentlichen Systemen auf der Basis erneuerbarer Energien sowie Drosselung des Flugverkehrs (Verbot von Inlandsflügen u. a.).
5. Massive Besteuerung übermäßiger Einkommen und Vermögen zur Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus. ■



Ende Gelände in der Braunkohlengrube Garzweiler, 22. Juni 2019.

Foto: R. Hoffmann.

„Streikt mit uns!“

Für den 20. September 2019 ruft *Fridays for Future* auch die Älteren zum weltweiten Klimastreik auf.

Der Appell von FFF an alle Erwachsenen, am 20. September ebenfalls zu streiken und ihre Aktionen zu unterstützen, erfolgte in Form eines offenen Briefes, der am 23. Mai in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurde.

Die Initiative „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz“ hat den Appell von FFF aufgegriffen und einen eigenen Aufruf zur Beteiligung am Klimastreik verfasst, den wir hier dokumentieren.

Zum Appell von Fridays for Future „Streikt mit uns“ am 20. September 2019

Aufruf an Kolleginnen und Kollegen: Wir sind gefordert – Seid auch dabei!

Greta Thunberg, Luisa Neubauer und viele andere junge Menschen von Fridays for Future rufen für den 20. September '19 zu einem weltweiten Klimastreiktag auf. In ihrem Aufruf heißt es:

„Jahre sind mit Gerede vergangen, mit unzähligen Verhandlungen, mit nutzlosen Vereinbarungen zum Klimawandel. Firmen, die fossile Brennstoffe fördern, durften jahrzehntelang ungehindert in unseren Böden schürfen und unsere Zukunft abfackeln. Politiker wussten seit Jahrzehnten über den Klimawandel Bescheid. Sie haben die Verantwortung für unsere Zukunft bereitwillig Profiteuren überlassen, deren Suche nach schnellem Geld unsere Existenz bedroht. ... Wir jungen Leute können unseren Beitrag für einen größeren Kampf leisten, und das kann einen großen Unterschied machen. Aber das funktioniert nur, wenn unser Aufschlag als Aufruf verstanden wird. Deswegen ist dies unsere Einladung.

Am Freitag, 20. September, werden wir mit einem weltweiten Streik eine Aktionswoche für das Klima beginnen. Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen. Es gibt in verschiedenen Teilen der Welt viele verschiedene Pläne für Erwachsene, sich zusammenzuschließen, Farbe zu bekennen und sich für unser Klima aus der Komfortzone heraus zu wagen. Lasst uns diese Pläne zusammenbringen. Gehen Sie an diesem Tag mit ihren Nachbarn, Kollegen, Freunden und Familien auf die Straße, damit unsere Stimmen gehört werden und dies ein Wendepunkt wird. ... um alles zu verändern, brauchen wir alle. Es ist Zeit für uns alle, massenhaften Widerstand zu leisten – wir haben gezeigt, dass kollektive Aktionen funktionieren. Wir müssen den Druck erhöhen, um sicherzustellen, dass der Wandel passiert. Und wir müssen ihn gemeinsam beschleunigen.

Dies ist also unsere Chance – schließt euch unseren Klimastreiks und -aktionen in diesem September an.“

Klimaschutz UND Arbeitsplätze

Dies verstehen wir auch als Aufruf an Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitnehmer*innen aktiv zu werden und sich für den Klimaschutz und zukunftsweisende Arbeitsplätze einzusetzen. Auch wir wollen wie die Eltern und Wissenschaftler (Parents und Scientists for Future) unseren Beitrag dazu leisten, dass der 20. September Auftakt zu einer Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft wird.

An diesem Tag können Betriebsversammlungen stattfinden, Aushänge gemacht und Flugblätter verteilt werden. Es können Warnstreiks für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Erneuerbaren Energien organisiert und für die Beteiligung an

den Demonstrationen mobilisiert werden. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, kreativ mitzuwirken, damit die Gewerkschaften und Beschäftigte aktiver Teil der Klimabewegung werden. ■

Es werden weiterhin **Unterstützungsunterschriften** für den obigen Aufruf gesammelt. Unterschriften bitte schicken an H. Born, Am Stock 3, 40472 Düsseldorf oder per Email an klimagewerkschafter@bwup.de
Weitere Infos zur Initiative „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz“ und den letzten Stand der Unterzeichner*innen des Aufrufs findet Ihr im LabourNet Germany:
www.labournet.de/?p=115147
Der Link zum offenen Brief von FFF:
www.sueddeutsche.de/kultur/greta-thunberg-fridays-for-future-streik-1.4459464



Zum Schutz des Kapitals, Ende Gelände Braunkohlengrube Garzweiler, 22. Juni 2019.

- Jetzt anmelden! - Feminist Futures Festival

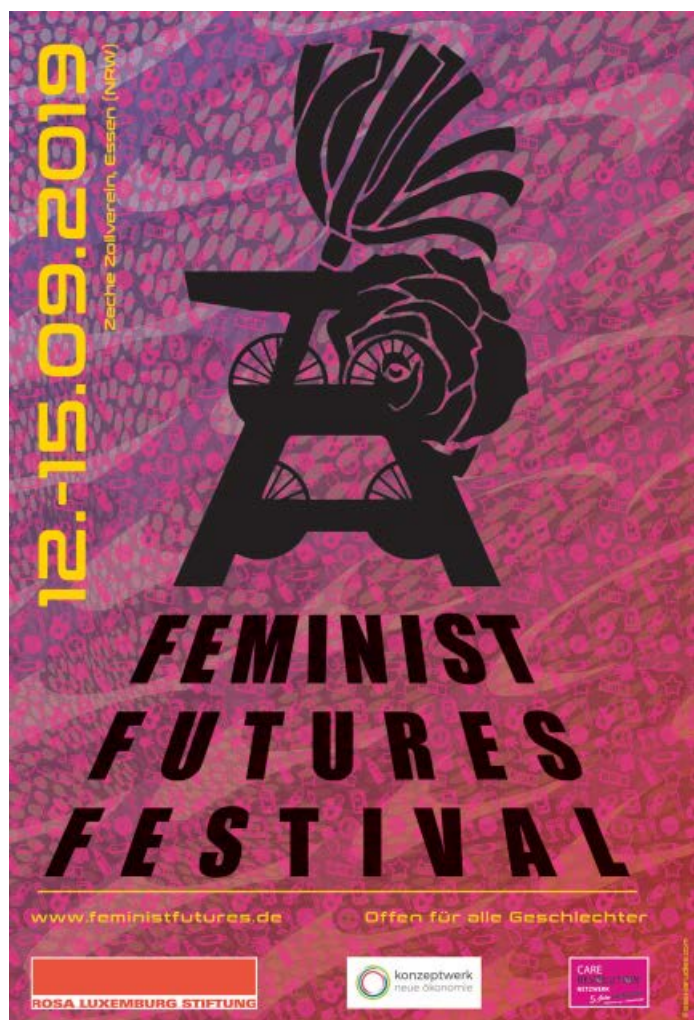
12. bis 15. September 2019 in Essen

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Netzwerk Care Revolution und das Konzeptwerk Neue Ökonomie organisieren in der Zeche Zollverein eine spannende Veranstaltung: Feminist*innen mit verschiedenen Erfahrungen und Hintergründen kommen hier zusammen. Geplant sind um die 90 Workshops mit Referent*innen aus aller Welt.

Podien und Workshops finden zu theoretischen ebenso wie zu praxisnahen Fragen statt. Es gibt Zeit für Trainings und Gesprächsrunden, und es gibt ein Kulturprogramm.

Das Festival ist offen für alle Interessierten. Es wird am Samstag aber auch einen räumlich getrennten Bereich für Frauen, Lesben, Trans, Inter und Queer geben.

Mehr Infos und Anmeldung: www.feministfutures.de



Grafiken: Saskia Ruidies.

Themen

Themenlinien sind:

- Die ganze Arbeit
- Reproduktive Gerechtigkeit, Familienpolitiken, Care
- Gewaltverhältnisse und Körperpolitiken
- Sozial-ökologische Transformation
- Postkolonialer Feminismus und feministische Internationale.

Auch aktuelle Kämpfe rund um die Pflege hierzulande werden Thema sein, genauso wie Altersarmut unter Frauen, die Situation von Geflüchteten, der Frauenstreik in 2019 und kommende sowie Fragen intersektionaler Bündnispolitik.

Feminist Futures - Festival für eine Internationale in Bewegung

Weltweit gewinnen **radikale feministische Bewegungen** an Stärke. Sie kämpfen gegen schlechte Arbeitsbedingungen und den Verkauf des Gesundheitssystems, gegen Gewalt, Rassismus und Umweltzerstörung und streiten für **soziale Gerechtigkeit** für alle. Damit sind sie wichtige Gegner*innen der globalen Rechten.

Das Feminist Futures Festival will in dieser Situation ein Ort für **Debatte** und **Vernetzen** sein. Es wird um **theoretische** sowie **praktische Fragen** gehen, um Trainings, Theater und **Musik**.

Offen für Interessierte **aller Geschlechter** und **Altersstufen**, mit und ohne Vorwissen.

Die Teilnahme am Festival ist **kostenlos**. Es wird gemeinsame Anreisemöglichkeiten geben, **Kinderbetreuung**, eine Bettenbörse, günstiges Essen und Schlafplätze auf einem **Zeltplatz**.

Kommt vorbei, **bildet Banden** und erlebt mit uns ein spannendes Wochenende!

Bei Fragen oder Ideen meldet euch gerne bei uns:
femfest@rosalux.org

Referent*innen

Dabei sind u.a. Cinzia Arruzza und Tithi Bhattacharya, Autorinnen des Buches „Feminismus für die 99 Prozent. Ein Manifest“, das auf dem Festival in deutscher Übersetzung vorgestellt wird.*

Des Weiteren kommen Aktivistinnen aus den Frauenstreik-Bewegungen in Argentinien und Chile, von #NiUnaMenos, Aktive aus Selbstorganisationen von Haushaltsarbeiter*innen und Arbeitskämpfen in transnationalen Unternehmen, Expert*innen zu geschlechter-

sensibler Pädagogik aus Indien und Palästina sowie Queer- und Transaktivist*innen aus Namibia, Brasilien und der Ukraine.

* *Cinzia Arruzza ist auch Autorin von „Feminismus und Marxismus - Eine Einführung“, das 2017 beim Neuen ISP Verlag erschienen ist (142 Seiten, 12,80 €, ISBN 978-3-89900-070-2). Das Buch kann direkt beim Verlag bestellt werden. Ihr könnt es auch von der ISO Oberhausen bekommen.*

Frauenstreik in der Schweiz: Ein voller Erfolg!

In vielen Städten in der Schweiz prägten am 14. Juni 2019 Frauen* und ihre Forderungen das Bild: Weit über eine halbe Million Menschen haben sich an dem Streiktag beteiligt.

Erst vor 38 Jahren, am 14. Juni 1981, wurde in der Schweiz die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung verankert. Als zehn Jahre nach der rechtlichen Gleichstellung die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter immer noch in weiter Ferne lag, traten Frauen in der Schweiz am 14. Juni 1991 zum ersten Mal in den Streik. Da sich an der Situation bis heute nichts Grundlegendes geändert hat, folgte in diesem Jahr der Aufruf zum zweiten Frauenstreik für den 14. Juni 2019.

Allein an der zentralen Demonstration in Zürich beteiligten sich 160.000 Menschen, überwiegend Frauen*. Auch in anderen Städten gingen Zigtausende auf die Straße. In allen größeren Städten und Dutzenden kleineren Ortschaften gab es Arbeitsniederlegungen und verlängerte Pausen, Streikmittage, Stadtrundgänge, Vorträge, Versammlungen, Blockaden und am Abend Demonstrationen.

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) hat hierzu in ihrer Juli-Ausgabe einen informativen Bericht vom Redaktionskollektiv der Bewegung für den Sozialismus (BfS), Zürich, veröffentlicht. Der

Link zum Artikel: www.sozonline.de/2019/07/ein-riesenerfolg

Im Vorfeld des Streiks führte die SoZ ein Interview mit einer Aktiven aus dem Züricher Kollektiv für den Frauenstreik, siehe: www.sozonline.de/2019/06/ueber-den-schweizer-frauenstreik-im-juni

Auf der Webseite der BfS gibt es viele weitere Informationen, Bilder und Filme zum Frauenstreik 2019 in der Schweiz: www.sozialismus.ch/frauenstreik

Und nicht zuletzt hat der Frauen*streik auch eine eigene Homepage: www.frauenstreik2019.ch

Die Gewerkschaft Unia Schweiz veröffentlichte auf YouTube ein Video zum Frauen*streik: „Ein historischer Tag in 7 Minuten“. Der Shortlink zum Film:

www.tinyurl.com/yyywugzn

Die Bilder und Berichte aus der Schweiz sind ermutigend und inspirierend für Aktive hier – insbesondere für alle, die sich bereits auf einen kämpferischen 8. März 2020 in Deutschland vorbereiten. ■

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- MI, 17.07.19, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen, Annastr. 28, Oberhausen
- MO, 22.07.19, 19:00 Uhr, Treffen vom Aktionsbündnis Fahrrad, Anna 28, Oberhausen
- MI, 24.07.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Polit-Bureau, Lothringer Str. 64 (im Hof rechts), Oberhausen
- MO, 05.08.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, Ort bitte erfragen, Essen

Vorschau

- DO, 12.09.19 bis SO, 15.09.19, Feminist Futures Festival, Zeche Zollverein, Essen,
Programm und Anmeldung: www.feministfutures.de
- FR, 20.09.19, weltweiter Klimastreiktag (F4F)

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund*innen
Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

